

Verkündungsblatt

der Hochschule Hamm-Lippstadt – Amtliche Mitteilungen

Jahrgang 3

Hamm/Lippstadt, den 04. Oktober 2011

Seite 48

Nr. 12

**Wahlordnung
der Hochschule Hamm-Lippstadt
vom 08.06.2011
in der Fassung vom 28.09.2011**

Aufgrund des § 2 Abs. 4 Satz 1 und des § 13 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31. Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474) zuletzt geändert durch das Gesundheitsfachhochschulgesetz vom 08.10.2009 (GV. NW S. 515) sowie aufgrund Artikel 1 § 2 des Fachhochschul- ausbaugesetzes vom 21.04.2009 (GV. NW S. 255), hat die Hochschule Hamm-Lippstadt die folgende geänderte Wahlordnung erlassen:

Teil I: Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

§ 2 Wahlgrundsätze

§ 3 Allgemeine Bestimmungen

Teil II: Direkte Wahlen

§ 4 Wahlorgane

§ 5 Wahlvorstände

§ 6 Aufgaben der Wahlvorstände

§ 7 Aufgaben der Wahlleitung

§ 8 Wahlberechtigung (Aktives Wahlrecht)

§ 9 Wählbarkeit (Passives Wahlrecht)

§ 10 Wählerverzeichnis

§ 11 Entbehrlichkeit von Wahlen

§ 12 Verfahren zur Aufstellung des Wählerverzeichnisses

§ 13 Zusendung an Wahlberechtigte

§ 14 Wahlvorschläge

§ 15 Prüfung der Wahlvorschläge

§ 16 Benachrichtigungen und Bekanntmachungen

§ 17 Allgemeine Bestimmungen für die Durchführung der Wahlen

§ 18 Ausgestaltung der Formulare

§ 19 Verlust von Wahlunterlagen

§ 20 Stimmabgabe

§ 21 Wahlhandlung bei Briefwahl

§ 22 Wahlhandlung bei Urnenwahl

§ 23 Briefwahlstimmen

§ 24 Auszählung

§ 25 Feststellung des Wahlergebnisses

§ 26 Wahlniederschrift

§ 27 Wahlprüfung

§ 28 Stellvertretung in Gremien

§ 29 Nachrücken und Neuwahlen

Teil III: Indirekte Wahlen

§ 30 Wahlen durch Gremien

§ 31 Wahlen durch Gruppen in Gremien

§ 32 In-Kraft-Treten

Teil I: Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich

Diese Wahlordnung regelt die unmittelbaren Wahlen zum Senat und anderen Gremien sowie die mittelbaren Wahlen durch den Senat.

§ 2

Wahlgrundsätze

(1) Die Gruppenvertretungen im Senat und in anderen Gremien werden in freier, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl von der jeweiligen Mitgliedergruppe gewählt.

Die Stimmen werden jeweils nach dem Verfahren der Verhältniswahl (Listenwahl) abgegeben. Liegt für eine Gruppenvertretung nur ein Wahlvorschlag vor, so findet Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) statt. Gleiches gilt für Einzelbewerber. Die Zuteilung von Mandaten bei Verhältniswahlen (Listenwahlen) erfolgt nach dem Verfahren nach Hare/Niemeyer, wie es in § 24 dargelegt ist.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder der Gremien beträgt jeweils vier Jahre; die Amtszeit der Vertreterinnen und Vertreter der Gruppe der Studierenden beträgt jeweils zwei Jahre. Die Amtszeit beginnt jeweils mit der Konstituierung in der ersten Sitzung nach einer Wahl und endet mit der Neukonstituierung des Gremiums nach der folgenden Wahl. Wird die nachfolgende Wahl nicht rechtzeitig durchgeführt, so nimmt das Gremium bis zur Konstituierung des Nachfolgegremiums die Aufgaben solange wahr.

§ 3

Allgemeine Bestimmungen

(1) Die in dieser Wahlordnung vorgesehenen Fristen enden jeweils um 16.00 Uhr des Ablauftages, sofern der Wahlvorstand bei direkten Wahlen im Einvernehmen mit der Wahlleitung (§ 4 Abs. 1 Ziff. 3) nichts anderes bestimmt. Der Lauf einer Frist beginnt mit der Zustellung, der Veröffentlichung oder der Bekanntmachung eines Schriftstücks. Fällt der letzte Tag einer Frist auf einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so endet die Frist erst am nächsten Arbeitstag.

(2) Arbeitstage sind die Werktage mit Ausnahme des Samstags.

(3) Die Mitglieder der Hochschule verteilen sich auf folgende Wählergruppen:

1. Wählergruppe I: ProfessorInnen, JuniorprofessorInnen,
2. Wählergruppe II: Wissenschaftliche MitarbeiterInnen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben,
3. Wählergruppe III: weitere MitarbeiterInnen,
4. Wählergruppe IV: Studierende, Doktoranden.

Teil II: Direkte Wahlen

§ 4

Wahlorgane

(1) Wahlorgane sind:

1. der Zentrale Wahlvorstand
2. der VPWuP als Wahlleitung.

(2) Die Amtszeit des Wahlvorstands beträgt zwei Jahre. Sie verlängert sich gegebenenfalls, bis rechtzeitig vor der nächsten Wahl aller Gruppen zum Senat die Mitglieder des Wahlvorstandes von den Mitgliedern der jeweiligen Gruppe im Senat nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) neu gewählt werden. Die konstituierende Sitzung des neuen Wahlvorstandes beendet die Amtszeit des bisherigen.

(3) Der Wahlvorstand und die Wahlleitung können zur Erfüllung ihrer Aufgaben Wahlhelferinnen und Wahlhelfer heranziehen, sofern sie Mitglieder der Hochschule sind.

(4) Die Mitglieder des Wahlvorstands sowie die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Sie sind zur unparteiischen und gewissenhaften Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet.

(5) Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber sowie Vertrauenspersonen für Wahlvorschläge dürfen weder einem Wahlorgan nach Abs. 1 angehören noch Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer sein.

(6) Zur Mitarbeit im Wahlverfahren und zur Teilnahme an der Urnenwahl ist in angemessenem Umfang Dienstbefreiung zu gewähren. Das amtsbedingte Fehlen der stu-

dentischen Mitglieder der Wahlgane gilt nicht als Fehlzeit im Sinne der Rahmen- und Fachprüfungsordnungen.

§ 5 Wahlvorstand

(1) Der Wahlvorstand besteht aus je einem Mitglied jeder Wählergruppe. Der Senat wählt die Mitglieder und für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied. Keine dieser Personen muss dem Senat angehören.

(2) Der Wahlvorstand wählt aus seiner Mitte ein Mitglied für den Vorsitz und ein weiteres für den stellvertretenden Vorsitz. Bei Stimmengleichheit entscheidet das vom jüngsten Mitglied zu ziehende Los.

Die oder der Vorsitzende regelt die Schriftführung, die nicht an eine Mitgliedschaft im Wahlvorstand gebunden ist.

(3) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder des Wahlvorstandes anwesend ist. Der Wahlvorstand entscheidet mit der Mehrheit der Anwesenden. Stimmenthaltung und ungültige Stimmen gelten als Neinstimmen. Beschlüsse können auch im Umlaufverfahren gefasst werden. Die Wahlleitung ist zu den Sitzungen des Wahlvorstandes einzuladen.

(4) Verhandlungen des Wahlvorstands und die Auszählung der Stimmen sind hochschulöffentlich. Für die Auszählung der Stimmen kann die Öffentlichkeit nur ausgeschlossen werden, wenn die Ordnungsmäßigkeit der Auszählung gefährdet wird.

(5) Beschlüsse des Wahlvorstands sind durch Aushang oder auf andere Weise hochschulöffentlich bekannt zu machen.

§ 6 Aufgaben des Wahlvorstands

(1) Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. Die Aufgaben der Wahlleitung bleiben unberührt.

(2) Der Wahlvorstand beschließt bei Wahlen zum Senat und zu anderen Gremien insbesondere über

1. den Wahltermin und die Frist zur Einreichung von Wahlvorschlägen sowie die Fristen zur Offenlegung des Wählerverzeichnisses,
2. die Prüfung, Zulassung und Bekanntmachung von Wahlvorschlägen,
3. die Berichtigung des Wählerverzeichnisses nach § 10,
4. fehlerhaft abgegebene Stimmen gemäß § 22 Abs. 2 und § 23 Abs. 4 und Abs. 5,
5. die Feststellung des Wahlergebnisses und die Zuteilung der Sitze im Senat bzw. in anderen Gremien,
6. Wahlanfechtungen bei Wahlen zum Senat und zu weiteren Gremien. Zu den Beschlüssen nach Nummer 1 ist die Zustimmung der Wahlleitung erforderlich; diese veröffentlicht die Wahlbekanntmachung (§ 15 Abs. 2).

§ 7 Aufgaben der Wahlleitung

(1) Die Wahlleitung ist für die technische Vorbereitung der Wahlen zu den Zentralen Organen der Hochschule verantwortlich. Sie sorgt insbesondere für den Druck der Wahlbekanntmachung, die Erstellung der Wählerverzeichnisse, den Druck der Stimmzettel und sonstigen Wahlunterlagen sowie die Übersendung der Briefwahlunterlagen. Durch Kennzeichnung der Wahlunterlagen für die Wahlen ermöglicht sie eine Auszählung der Stimmen nach Standorten. Für diese Aufgaben steht ihr das Wahlamt zur Verfügung. Sie kann an den Sitzungen der Wahlvorstände teilnehmen.

(2) Die Wahlleitung kann sich in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vertreten lassen.

§ 8 Wahlberechtigung (aktives Wahlrecht)

(1) Das aktive Wahlrecht haben die Mitglieder der Hochschule im Sinne von § 9 Abs. 1 HG, also

1. die Professorinnen und Professoren sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren,

2. die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben

3. die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Hochschule

4. die Doktorandinnen und Doktoranden, soweit sie nicht Beschäftigte nach Nr. 2 oder 3 sind, und die Studierenden. Voraussetzung für das aktive Wahlrecht ist die Eintragung in das Wählerverzeichnis.

(2) Die Präsidentin oder der Präsident und die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung nehmen an den Wahlen nicht teil.(3) Gehören Wahlberechtigte mehreren Wählergruppen an, so haben sie das Wahlrecht nur in einer Wählergruppe. Sofern eine solche wahlberechtigte Person nicht während der Offenlegungsfrist des Wählerverzeichnisses eine Festlegung der Wählergruppe vornimmt, gehört sie zur in Frage kommenden Wählergruppe, die in der Aufzählung des Abs. 1 durch die jeweils niedrigste Zahl gekennzeichnet ist.

(4) Das Wahlrecht wird durch eine Beurlaubung nicht berührt.

(5) Das aktive Wahlrecht kann nur an einem Standort ausgeübt werden.

(6) Die Standortzugehörigkeit der Studierenden bestimmt sich nach den Studienfächern. Die Zuordnung erfolgt nach der im Immatrikulations- bzw. im Fachwechselantrag angegebenen Reihenfolge der Studiengänge.

§ 9 Wählbarkeit (passives Wahlrecht)

Das passive Wahlrecht steht Wahlberechtigten nur an einem Standort zu. § 8 Abs. 3, 4 und 6 sind entsprechend anzuwenden.

§ 10 Wählerverzeichnis

(1) Wählen darf nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist. Das Wählerverzeichnis ist in die vier Wählergruppen zu gliedern (§ 8), die nach Standortzugehörigkeit innerhalb der Hochschule aufgeteilt werden (§ 3 und 8).

(2) Frühestens acht Wochen, spätestens sechs Wochen vor Ablauf der für § 16 Abs. 2 maßgeblichen Frist wird das Wählerverzeichnis geschlossen. Der genaue Termin wird hochschulöffentlich an geeigneten Stellen der Hochschule bekannt gegeben. Es muss an mindestens fünf Arbeitstagen vor der Schließung offen gelegt sein.

(3) Die Wahlberechtigten üben das Wahlrecht jeweils in der Gruppe aus, in der sie im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Die Eintragung von Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis findet von Amts wegen nicht mehr statt, wenn die Einstellung, Anstellung, Ernennung, Immatrikulation oder Rückmeldung nach dem Tag des Vorlesungsbeginnes des jeweiligen Semesters erfolgt. Nach diesem Zeitpunkt wird eine Eintragung in das Wählerverzeichnis bis zu dessen Schließung nur noch auf Antrag vorgenommen. Dies gilt nicht für die bis zur Schließung von der Wahlleitung vorzunehmenden Berichtigungen offensichtlicher Fehler.

(4) Das Wählerverzeichnis muss durch Beschluss des Wahlvorstandes neu eröffnet und zu dem vom Wahlvorstand zu bestimmenden Termin erneut geschlossen werden, wenn der Wahltermin verschoben oder die Wahl wiederholt wird. Von den Fristen nach Abs. 2 kann dabei abgewichen werden.

(5) Gegen die Nichteintragung oder die Eintragung einer falschen Gruppenzugehörigkeit oder einer unrichtigen Standortzugehörigkeit von Wahlberechtigten in das Wählerverzeichnis kann von den Betroffenen während der Offenlegungsfrist schriftlich Widerspruch beim Wahlvorstand eingelegt werden. Eine Änderung der Option der Studierenden (§ 8 Abs. 5) ist dabei ausgeschlossen.

(6) Gegen unrichtige Eintragungen im Wählerverzeichnis, insbesondere gegen die Eintragung einer nicht wahlbe-

rechtigten Person, können die Wahlberechtigten während der Offenlegungsfrist schriftlich Widerspruch beim Wahlvorstand einlegen; die davon Betroffenen sollen dazu gehört werden. Beschließt der Wahlvorstand die Streichung aus dem Wählerverzeichnis, sind die Betroffenen unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Diese können ihrerseits binnen zweier Arbeitstage nach Zugang der Benachrichtigung beim Wahlvorstand schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch einlegen.

(7) Nach Schließung des Wählerverzeichnisses können nur noch offensichtliche Fehler berichtigt werden. Darüber beschließt der Wahlvorstand.

§ 11

Entbehrlichkeit von Wahlen

(1) Gehören einer Gruppe nicht mehr wählbare Vertreterinnen oder Vertreter an, als ihr Sitze in einem Gremium zustehen, so sind die wählbaren Vertreterinnen oder Vertreter dieser Gruppe ohne Wahl Mitglieder des entsprechenden Gremiums. Maßgeblich sind die Verhältnisse 5 Tage nach Erlass des Wahlausschreibens.

(2) Steigt im Fall des Absatzes 1 die Zahl der wählbaren Mitglieder einer Gruppe nach dem Stichtag, so werden die Hinzugekommenen in der Reihenfolge ihres Hinzukommens Mitglieder des Gremiums, bis die Zahl der für die Gruppe vorgesehenen Sitze erreicht ist. Verlieren Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter, die ohne Wahl Mitglied eines Gremiums geworden sind, ihre Wählbarkeit zu dem Gremium, so gilt Satz 1 für das Nachrücken weiterer Gruppenvertreterinnen oder Gruppenvertreter entsprechend.

§ 12

Verfahren zur Aufstellung des Wählerverzeichnisses

(1) Die Studierenden werden bei Immatrikulation oder Rückmeldung in das Wählerverzeichnis aufgenommen. Während des Semesters, in denen Wahlen stattfinden, erhalten sie auch die Wahlbenachrichtigung. § 8 Abs. 5 kommt hier zur Anwendung.

(2) Die Eintragung der Mitglieder der anderen Gruppen in das Wählerverzeichnis erfolgt aufgrund der in der Hochschule vorhandenen Personalunterlagen. Die Benachrichtigungen können über die Hochschuleinrichtungen verteilt oder mit einem Briefzustellunternehmen versandt werden.

(3) Das Wählerverzeichnis muss mindestens Namen, Vornamen und Geburtsdatum der Wahlberechtigten sowie bei Studierenden die Matrikelnummer enthalten.

§ 13

Zusendung an Wahlberechtigte

(1) Die Wahlorgane genügen der von ihnen zu fordernden Sorgfalt, wenn sie Wahlbenachrichtigungen, Wahlunterlagen und sonstige individuelle Mitteilungen an Wahlberechtigte an die Anschrift absenden, die die Wahlberechtigten der Hochschule mitgeteilt haben. Die Zusendung erfolgt durch Briefzustellunternehmen oder Hauspost.

(2) Die Wahlberechtigten haben dafür zu sorgen, die Hochschulverwaltung über Anschriftenänderungen zu benachrichtigen. Die Wahlorgane sind nicht zu Nachforschungen verpflichtet, falls Postsendungen als unzustellbar zurück kommen.

§ 14

Wahlvorschläge

(1) Jeder Wahlvorschlag kann beliebig viele Namen von Wahlberechtigten enthalten, die zur Kandidatur bereit sind; ihre Reihenfolge muss aus dem Wahlvorschlag ersichtlich sein. Bei Senatswahlen bedarf jeder Wahlvorschlag, der bei der letzten gemeinsamen Wahl zum zentralen Kollegialorgan nicht angetreten war, der Unterstützung von mindestens zwei Wahlberechtigten aus der jeweiligen Gruppe. Wahlberechtigte können jeweils nur einen Wahlvorschlag unterstützen. Die Unterstützung kann nicht widerrufen

werden. Eine Kandidatur auf einem Wahlvorschlag gilt zugleich als Unterstützungserklärung.

(2) Für jede Bewerberin und für jeden Bewerber soll eine Stellvertretung gewählt werden, die derselben Wählergruppe angehört und für dasselbe Gremium wählbar sein muss.

(3) Jeder Wahlvorschlag ist mit einer Bezeichnung (Kennwort) zu versehen, die nicht nur das Wort „Liste“ in Verbindung mit einer Nummer oder nur eine Nummer enthalten darf. Die Bezeichnung darf keine Irreführung hinsichtlich der Zugehörigkeit zu bestehenden hochschulpolitischen Gruppierungen enthalten.

(4) Alle in einem Wahlvorschlag Benannten müssen jeweils derselben Wählergruppe angehören.

Werden Wahlberechtigte benannt, die in der jeweiligen Wählergruppe nicht wählbar sind, sind sie durch Beschluss des Wahlvorstandes aus dem Wahlvorschlag zu streichen.

(5) Der Wahlvorschlag muss jeweils Namen und Vornamen der Wahlberechtigten sowie die Standortzugehörigkeit oder die Einrichtung enthalten, in der sie tätig sind oder studieren. Zur Identitätsfeststellung ist bei Studierenden auch die Angabe der Matrikelnummer erforderlich.

(6) Zusammen mit dem Wahlvorschlag sind die schriftlichen aller in ihm zur Kandidatur Benannten vorzulegen. Die Benennung von Personen ohne ihre Einverständniserklärung ist unwirksam.

(7) Eine Person darf für die Wahl zu einem Gremium nur auf einem Wahlvorschlag benannt werden.

Wird eine Person mit ihrem Einverständnis auf mehreren Wahlvorschlägen für das gleiche Gremium benannt, ist sie durch Beschluss des Wahlvorstandes auf allen zu streichen.

(8) Für jeden Wahlvorschlag soll eine Vertrauensperson unter Angabe ihrer Anschrift und möglichst auch einer Telefonnummer und einer Email-Adresse benannt werden. Falls keine besondere Benennung erfolgt, gilt die auf dem ersten Platz des Vorschlags genannte Person als Vertrauensperson. Die Vertrauensperson ist zu Abgabe und Empfang von Erklärungen gegenüber der Wahlleitung bevollmächtigt. Die Wahlorgane können jedoch in allen Fällen auch unmittelbare Erklärungen von im Wahlvorschlag Benannten entgegennehmen und ihnen gegenüber abgeben.

(9) Werden für die Gruppen nach § 8 I insgesamt weniger Bewerberinnen oder Bewerber benannt als zu wählen sind oder werden weniger Bewerber gewählt, als der jeweiligen Gruppe zustehen, bleiben freibleibende Sitze unbesetzt.

(10) Gemäß § 12 Landesgleichstellungsgesetz sollen Senat und andere Gremien geschlechtsparitätisch besetzt werden. Bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen soll auf paritätische Repräsentanz geachtet werden.

§ 15

Prüfung der Wahlvorschläge

(1) Die Wahlvorschläge sind innerhalb der vom Wahlvorstand bestimmten Frist beim Wahlamt einzureichen. Bis zum Ablauf dieser Frist können Vorschlagslisten zurückgenommen, geändert oder ergänzt werden. Das Wahlamt vermerkt auf jedem abgegebenen Wahlvorschlag Tag und Uhrzeit des Eingangs beziehungsweise der Rücknahme, Änderung oder Ergänzung. Es prüft die Wahlvorschläge auf ihre Ordnungsmäßigkeit und weist die Vertrauensperson gegebenenfalls auf Mängel hin. Zur Behebung von Mängeln, die die Zulassung eines Wahlvorschlages hindern, hat der Wahlvorstand eine Nachfrist von bis zu zwei Arbeitstagen zu gewähren. Die Mitglieder des Wahlvorstandes können während der Dienststunden beim Wahlamt Einblick in die abgegebenen Wahlvorschläge nehmen.

(2) Unverzüglich nach Ablauf der Einreichungsfrist sowie im Falle des Abs. 1 Satz 5 nach Ablauf der Nachfrist prüft der Wahlvorstand die Wahlvorschläge und entscheidet über ihre Zulassung.

(3) Wahlvorschläge, die verspätet abgegeben sind oder den durch diese Wahlordnung aufgestellten Anforderungen nicht genügen, sind nicht zuzulassen.

(4) Der Wahlvorstand benachrichtigt unverzüglich die Vertrauensperson der nicht zugelassenen Wahlvorschläge unter Angabe der Gründe, aus denen die Zulassung versagt wurde.

(5) Gegen die Nichtzulassung eines Wahlvorschlages kann binnen dreier Arbeitstage Widerspruch beim Wahlvorstand eingelegt werden. Die Frist beginnt mit der Verkündung der Entscheidung des Wahlvorstandes in der öffentlichen Sitzung.

(6) Die Absätze 4 und 5 gelten entsprechend, wenn der Wahlvorstand einzelne Namen von einem Wahlvorschlag streicht, diesen im Übrigen aber zulässt.

(7) Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf den Stimmzetteln richtet sich nach der Zahl der Stimmen, die sie bei der letzten Wahl erreicht haben. Die Reihenfolge der übrigen Wahlvorschläge wird durch das Los bestimmt, das von dem den Vorsitz führenden Mitglied des Wahlvorstandes zu ziehen ist.

(8) Ist nach Ablauf der Einreichungsfrist nach § 12 Abs. 1 für die einzelnen Wahlen jeweils nicht mindestens ein gültiger Wahlvorschlag für eine Gruppe eingegangen, so fordert der Wahlvorstand unverzüglich unter Hinweis auf die Folgen gem. § 6 Abs. 2 zur Einreichung von Wahlvorschlägen innerhalb einer Nachfrist von fünf Werktagen auf. Das gleiche gilt, wenn die Wahlvorschläge für eine der einzelnen Wahlen und Gruppen insgesamt weniger Bewerberinnen oder Bewerber benennen, als dieser Gruppe in dem Gremium zustehen.

§ 16

Benachrichtigungen und Bekanntmachungen

(1) Alle Wahlberechtigten erhalten eine Benachrichtigung über ihre Eintragung in das Wählerverzeichnis.

(2) Der Wahltermin, die Besonderheiten des Wahlverfahrens und die Art der Bekanntgabe von Entscheidungen des Wahlvorstandes sind durch Aushang einer gedruckten Wahlbekanntmachung hochschulöffentlich an geeigneten Stellen der Hochschule rechtzeitig zu veröffentlichen; außerdem ist sie beim Wahlamt offen zu legen. Die Wahlbekanntmachung soll spätestens drei Wochen vor Schließung des Wählerverzeichnisses ausgehängt werden. Offenbare Unrichtigkeiten des Wahlausschreibens können vom Wahlvorstand jederzeit berichtigt werden.

(3) Ergibt sich nach dem Erlass des Wahlausschreibens auf Grund von notwendigen Berichtigungen des Verzeichnisses der Wahlberechtigten eine andere Sitzverteilung oder das Erfordernis oder die Entbehrlichkeit von Wahlen für bestimmte Gruppen abweichend vom Wahlausschreiben, so ergänzt der Wahlvorstand das Wahlausschreiben durch einen entsprechenden Nachtrag, der wie das Wahlausschreiben bekannt zu machen ist.

§ 17

Allgemeine Bestimmungen für die Durchführung der Wahlen

(1) Die Wahlen zum Senat und zu anderen Gremien werden als Brief- und Urnenwahl durchgeführt. Zwischen dem Briefwahlschluss und dem Beginn der Urnenwahl muss mindestens ein Arbeitstag liegen. Allen Wahlberechtigten sind die Briefwahlunterlagen (Wahlschein, Stimmzettel, Wahlumschlag, Wahlbriefumschlag und eine Anleitung zur Briefwahl) zuzusenden. Zwischen der Versendung der Wahlunterlagen und dem letzten Termin für den Eingang der Wahlbriefe muss eine Frist von mindestens vierzehn Tagen liegen. Vor dem Zeitpunkt des Beginns der Urnenwahl muss der Wahlvorstand die Öffnung der Wahlbriefumschläge und die Vermerke des Eingangs im Wählerverzeichnis abgeschlossen haben. Die Wahlscheine und die

ungeöffneten Wahlumschläge sind sicher und verschlossen zu verwahren. Wird die Öffnung durch Wahlhelferinnen oder Wahlhelfer vorgenommen, muss dabei ein Mitglied des Wahlvorstandes anwesend sein.

(2) Bei Briefwahl gilt die Stimmabgabe als rechtzeitig erfolgt, wenn der Wahlbrief der vom Wahlvorstand bezeichneten Stelle bis Ablauf der vom Wahlvorstand festgelegten Frist zugegangen ist.

(3) Wird die Durchführung einer Wahl verhindert oder derart gestört, dass Zweifel an dem ordnungsgemäßen Zustandekommen der Ergebnisse berechtigt sind, entscheidet der Wahlvorstand über die Fortführung oder Wiederholung der Wahl.

§ 18

Ausgestaltung der Formulare

Die Stimmzettel für die einzelnen Wahlen sollen sich jeweils deutlich voneinander unterscheiden. Alle Wahlvorschläge sind mit ihrem Kennwort aufzuführen. Bei der Verhältniswahl (Listenwahl) sind auf dem Stimmzettel die Wahlvorschläge jeweils in der in § 14 Abs. 7 bestimmten Reihenfolge unter Angabe von Namen, Vornamen, Standortzugehörigkeit oder Einrichtung der ersten sechs Bewerberinnen oder Bewerber aufzuführen, soweit der Wahlvorschlag so viele Namen enthält. Bei der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) sind alle Personen mit den genannten Angaben auf dem Stimmzettel zu vermerken. Ferner ist anzugeben, wie viele Stimmen die Wahlberechtigten in dem betreffenden Wahlgang haben.

§ 19

Verlust von Wahlunterlagen

(1) Verschiedene oder unbrauchbar gewordene Stimmzettel oder Wahlumschläge sind nur gegen Rückgabe zu ersetzen.

(2) Wahlscheine werden grundsätzlich nicht ersetzt. Ausnahmen bedürfen eines Beschlusses des Wahlvorstandes.

§ 20

Stimmabgabe

(1) Die Stimmabgabe geschieht bei der Verhältniswahl (Listenwahl) durch Ankreuzen eines Wahlvorschlages (Liste) in dem hierfür vorgesehenen Kreis auf dem Stimmzettel.

(2) Bei der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) hat jede Wählerin und jeder Wähler so viele Stimmen, wie Sitze zu besetzen sind. Diese Zahl ist auf dem Stimmzettel anzugeben.

(3) Bei der Stimmabgabe zur Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) können jeweils höchstens so viele Namen auf dem Stimmzettel angekreuzt werden, wie die angegebene Stimmzahl besagt. Stimmenhäufung ist unzulässig.

§ 21

Wahlhandlung bei Briefwahl

Die Wahlberechtigten kennzeichnen jeweils persönlich und unbeobachtet ihren Stimmzettel, legen ihn in den Wahlumschlag und verschließen diesen. Folgende Erklärung zur Briefwahl ist auf dem Wahlschein zu unterschreiben: „Den beigefügten Stimmzettel habe ich persönlich gekennzeichnet. Ort, Datum Unterschrift der Wählerin/des Wählers“. Der Wahlschein ist zusammen mit dem verschlossenen Wahlumschlag in den Wahlbriefumschlag zu legen. Der Wahlbriefumschlag ist ebenfalls zu verschließen und innerhalb der festgesetzten Frist an die vorgedruckte Anschrift zu übersenden.

§ 22

Wahlhandlung bei Urnenwahl

(1) Bei Urnenwahl sind die Wahllokale an mindestens einem und höchstens drei aufeinanderfolgenden nicht vorlesungsfreien Arbeitstagen in der Zeit von 9.00 bis

15.00 Uhr offen zu halten. Es sollen gemeinsame Wahllokale mit der Studierendenschaft gebildet werden.

(2) Das Wahllokal muss allen dort Wahlberechtigten während der Dauer der Wahlhandlung zugänglich sein. Der Wahlvorstand ordnet bei Andrang den Zutritt zum Wahllokal. Im Wahllokal müssen die vollständigen Wahlvorschläge ausgelegt sein.

(3) Die Wahlberechtigten erhalten im Wahllokal Stimmzettel und Wahlumschlag für die Wahlen.

(4) Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wahlberechtigten den Stimmzettel im Wahllokal unbeobachtet kennzeichnen und in den Wahlumschlag legen können. Für die Aufnahme der Umschläge sind Wahlurnen zu verwenden. Vor Beginn der Stimmabgabe sind die Wahlurnen vom Wahlvorstand zu prüfen und zu verschließen. Sie müssen so eingerichtet sein, dass die Umschläge nur durch einen Spalt im Deckel eingeworfen werden können.

(5) Solange das Wahllokal zur Stimmabgabe geöffnet ist, müssen mindestens ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied und ein/e Wahlhelfer/in im Wahllokal anwesend sein.

(6) Vor Einwurf des Wahlumschlags in die Urne ist anhand des Wählerverzeichnis die Wahlberechtigung festzustellen. Zu diesem Zweck ist ein amtlicher Ausweis mit Lichtbild vorzulegen.

Amtliche Ausweise im Sinne des Satzes 2 sind Personalausweis, Reisepass, Führerschein und Dienstaussweis. Die Wahlbenachrichtigung soll mitgebracht werden. Die Wählerin oder der Wähler übergibt den Wahlumschlag dem mit der Entgegennahme der Umschläge betrauten Mitglied des Wahlvorstandes, das ihn in Gegenwart der Wählerin oder des Wählers ungeöffnet in die Wahlurne wirft.

Die Stimmabgabe ist im Wählerverzeichnis zu vermerken. Vorgelegte Wahlscheine sind einzubehalten und dem Wählerverzeichnis beizufügen.

(7) Wird die Wahlhandlung unterbrochen oder wird das Wahlergebnis nicht unmittelbar nach Abschluss der Stimmabgabe festgestellt, so hat der Wahlvorstand für die Zwischenzeit die Wahlurne so zu verschließen und aufzubewahren, dass der Einwurf oder die Entnahme von Stimmzetteln ohne Beschädigung des Verschlusses unmöglich ist.

(8) Nach Ablauf der für die Durchführung der Wahlhandlung festgesetzten Zeit dürfen nur noch die Wahlberechtigten abstimmen, die zu diesem Zeitpunkt im Wahllokal anwesend sind. Der Zutritt zum Wahllokal ist solange zu sperren, bis die Anwesenden ihre Stimme abgegeben haben. Sodann erklärt der Wahlvorstand die Wahlhandlung für beendet.

(9) Über Zweifelsfragen, die sich bei der Wahlhandlung ergeben, entscheidet der Wahlvorstand.

§ 23

Briefwahlstimmen

(1) Die Mitglieder des Wahlvorstandes öffnen die eingegangenen Wahlbriefe einzeln und entnehmen ihnen den Wahlschein und den Wahlumschlag. § 16 Abs. 1 Satz 5 bleibt unberührt.

(2) Wahlbriefe, bei denen der Wahlschein oder die Erklärung zur Briefwahl oder der Wahlumschlag fehlen, gelten nicht als Stimmabgabe. Diese Unterlagen sind gesondert zu verwahren.

(3) Wahlscheine und Wahlumschläge werden gezählt, die Wahlscheine mit den Eintragungen im Wählerverzeichnis verglichen.

(4) Soweit sich Beanstandungen nicht ergeben, werden Wahlscheine und Wahlumschläge getrennt. Die Wahlumschläge sind ungeöffnet in die Urne zu werfen, damit bei der Öffnung des Wahlumschlages Rückschlüsse auf den aus dem Wahlschein ersichtlichen Namen der Wahlberechtigten nicht gezogen werden können.

§ 24

Auszählung

(1) Nach Einwurf der Wahlumschläge aus der Briefwahl in die Urnen beginnt die Auszählung der abgegebenen Stimmen. Die Wahlurnen werden geöffnet, die Zahl der in die Urnen eingelegten Wahlumschläge wird mit der Zahl der vorliegenden Wahlscheine und gegebenenfalls mit der nach dem Wählerverzeichnis ermittelten Zahl der abgegebenen Stimmen verglichen.

(2) Bei der Verhältniswahl (Listenwahl) sind die auf jeden Wahlvorschlag entfallenen gültigen Stimmen zu ermitteln. Bei der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) sind die auf jede im Wahlvorschlag genannte Person entfallenen gültigen Stimmen festzustellen.

(3) Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand beschließen muss, sind mit fortlaufender Nummer zu versehen und von den übrigen Stimmzetteln gesondert bei den Wahlunterlagen aufzubewahren.

(4) Ungültig sind Stimmzettel,

1. die bei Briefwahl nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben sind,

2. die nicht als amtlich erkennbar sind,

3. deren Kennzeichnung keine zweifelsfreie Auswertung ermöglicht,

4. die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten,

5. bei denen Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen angekreuzt sind,

6. die keine Kennzeichnung enthalten.

(5) Enthält ein Wahlumschlag mehr als den ausgefüllten Stimmzettel, so wird hierfür eine ungültige Stimme registriert. Leere Wahlumschläge gelten ebenfalls als ungültige Stimmabgabe.

(6) Die abgegebenen Stimmen für die Wahl zum Senat werden unter Berücksichtigung der Grundsätze einer geheimen Wahl nach Standorten getrennt ausgezählt.

§ 25

Feststellung des Wahlergebnisses

(1) Bei der Verhältniswahl (Listenwahl) werden den Vorschlagslisten nach dem Verfahren Hare/Niemeyer so viele Sitze zugeteilt, wie ihnen im Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmenzahl zur Gesamtstimmzahl aller an der Sitzverteilung für die betreffende Gruppe teilnehmenden Listenvorschläge zustehen. Dabei erhält jeder Listenvorschlag zunächst so viele Sitze, wie sich für ihn ganze Zahlen ergeben.

(2) Sind nach der Zuteilung gemäß Abs. 1 noch Sitze zu vergeben, so sind sie in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung nach Abs. 1 ergeben, auf die Vorschlagslisten zu verteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet über die Zuteilung des letzten Sitzes das von der oder dem Vorsitzenden des Wahlvorstandes zu ziehende Los.

(3) Übersteigt die Zahl der auf eine Vorschlagsliste entfallenden Sitze die Zahl der auf ihr kandidierenden Bewerberinnen und Bewerber, bleiben die restlichen Sitze unbesetzt.

(4) Bei der Verhältniswahl (Listenwahl) werden die Sitze innerhalb der Wahlvorschläge nach Maßgabe der festgesetzten Reihenfolge zugeteilt. Bei der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) geschieht dies nach der Reihenfolge der auf die einzelnen Personen entfallenen Stimmen. Haben mehrere Personen die gleiche Stimmenzahl erhalten, so entscheidet das Los, das von dem den Vorsitz führenden Mitglied des Wahlvorstandes zu ziehen ist.

(5) Steht einer Gruppe in einem Gremium nur ein Sitz zu, so gehört das zur Stellvertretung gewählte Mitglied dem Gremium mit beratender Stimme an (§ 13 Abs. 6 HHG).

(6) Erklärungen, die Wahlbewerberinnen, Wahlbewerber oder Gruppierungen über Wahlbündnisse, Listenverbindungen o. Ä. abgegeben haben, werden nicht berücksichtigt. Eine Übertragung oder Delegation von überhängenden Stimmen ist unzulässig.

(7) Das vorläufige Wahlergebnis ist vom jeweiligen Wahlvorstand unverzüglich bekannt zu geben. Die Vertrauens-

personen sind durch den Wahlvorstand schriftlich zu benachrichtigen.

§ 26

Wahlniederschrift

(1) Über die Verhandlungen des Wahlvorstandes, seine Beschlüsse sowie über die Wahlhandlung sind Niederschriften zu fertigen. Sie werden jeweils von dem den Vorsitz führenden Mitglied des Wahlvorstandes und von der Schriftführerin bzw. dem Schriftführer unterzeichnet.

(2) Die Wahlniederschriften sollen insbesondere den Gang der Wahlhandlung aufzeichnen und besondere Vorkommnisse vermerken.

(3) Die Stimmzettel, Wahlscheine und sonstigen Wahlunterlagen sind nach der Feststellung des Wahlergebnisses zu bündeln und der Niederschrift des Wahlvorstandes beizufügen.

(4) Die Wahlniederschriften für Wahlen zum Senat nebst Anlagen sind der Wahlleitung zu übergeben. Diese hat sie während der Amtszeit des Senats und der Fachbereichsräte aufzubewahren und aufgrund dieser Unterlagen die ihr nach § 29 Abs. 1 und 2 und § 30 Abs. 1 obliegenden Entscheidungen zu treffen.

(5) Die Unterlagen können vernichtet werden, sobald ein neu gewählter Senat bzw. das neu gewählte Gremium erstmalig zusammengetreten und über etwaige Wahlanfechtungen entschieden ist.

§ 27

Wahlprüfung

(1) Wird von der Wahlleitung oder einzelnen Wahlberechtigten geltend gemacht, dass bei der Wahl gegen zwingende Vorschriften der Gesetze oder dieser Wahlordnung verstoßen worden sei und wird deshalb das Wahlergebnis angefochten, tritt der Wahlvorstand in ein Wahlprüfungsverfahren ein. Der Antrag dazu kann nur innerhalb von zehn Arbeitstagen nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses gemäß § 25 Abs. 7 gestellt werden.

(2) Einer Anfechtung der Wahl mit der Begründung, dass Wahlberechtigte an der Ausübung ihres Wahlrechts gehindert gewesen seien, weil sie nicht oder nicht mit der richtigen Gruppenzugehörigkeit in das Wählerverzeichnis eingetragen waren, oder dass eine Person an der Wahl teilgenommen habe, die zwar in das Wählerverzeichnis eingetragen, aber nicht wahlberechtigt war, kann nur dann stattgegeben werden, wenn dieser Grund bereits gemäß § 10 geltend gemacht worden ist.

(3) Kommt der Wahlvorstand im Wahlprüfungsverfahren zu der Überzeugung, dass die im Anfechtungsantrag behaupteten Verstöße oder Formfehler das Ergebnis der Wahl beeinflusst haben, ordnet er eine Wiederholungswahl im erforderlichen Umfang an. Die Entscheidung nach Satz 1 trifft der Wahlvorstand mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Der Beschluss ist schriftlich zu begründen, mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen und dem Antragsteller oder der Antragstellerin zuzustellen.

(4) Für die Wiederholungswahl gelten - sofern sie im gleichen Semester stattfindet - die Wählerverzeichnisse und Vorschlagslisten der zu wiederholenden Wahl.

(5) Nach Ablauf der in Abs. 1 Satz 2 genannten Frist, nach unanfechtbar gewordener Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren oder nach Ablauf der Wiederholungswahl gemäß Abs. 3 ist das endgültige Wahlergebnis durch die Wahlleitung bekanntzumachen.

§ 28

Stellvertretung in Gremien

(1) Bei kurzfristiger Verhinderung eines Gremienmitglieds nimmt das stellvertretende Mitglied das Amt wahr.

(2) Stellvertretendes Mitglied sind in folgender Reihenfolge:

1. die auf dem Wahlvorschlag für den jeweiligen Listenplatz als stellvertretendes Mitglied vorgeschlagene Person,

2. bei Verhältniswahl (Listenwahl) außerdem die auf der jeweiligen Liste vorgeschlagene Person auf hinteren, nicht zum Zuge gekommenen Listenplätzen und - soweit vorgeschlagen - deren Stellvertreter; dabei sind die Stellvertreter auf den jeweiligen Listenplätzen vor den folgenden Listenplätzen zu berücksichtigen. Die nicht zum Zuge gekommenen Kandidaten sind in der Reihenfolge der Listenplätze Stellvertreter.

(3) Im Verhinderungsfall wird das stellvertretende Mitglied nach Abs. 2 Nr. 1 vom verhinderten Mitglied mündlich oder schriftlich unmittelbar beauftragt, vorübergehend das Mandat wahrzunehmen. Im Übrigen ist die Verhinderung dem Vorstand oder Vorsitz des Gremiums mitzuteilen. Dieses bestimmt dann die Stellvertretung nach Abs. 2 Nr. 2 und beauftragt das stellvertretende Mitglied.

§ 29

Nachrücken und Nachwahlen

(1) Beim Ausscheiden eines gewählten Mitglieds eines Gremiums durch Rücktritt oder aus einem anderen Grunde rückt das stellvertretende Mitglied nach; falls es ein solches nicht gibt, ist, auch im Fall der Persönlichkeitswahl, § 28 Abs. 2 Ziffer 2 entsprechend anzuwenden.

Soweit ein Mitglied das Mandat wegen einer längerfristigen Beurlaubung, Abordnung oder Krankheit nicht wahrnimmt, ruht das Mandat und es rückt das stellvertretende Mitglied nach. Satz 1 ist entsprechend anzuwenden. Bei Beendigung des Ruhens endet die Mitgliedschaft des nachgerückten Mitglieds.

(2) Der Rücktritt eines gewählten Mitglieds wird erst mit Eingang der schriftlichen Rücktrittserklärung bei der Wahlleitung wirksam. Diese Erklärung ist unwiderruflich. Andere Fälle des Ausscheidens, insbesondere den Verlust der Zugehörigkeit zu der Wählergruppe, in der das Mitglied gewählt wurde, hat die Wahlleitung von Amts wegen festzustellen. Das ausscheidende Mitglied ist auch in diesen Fällen zu einer Anzeige verpflichtet.

(3) Das Ausscheiden oder Ruhen des Mandats und das nachrückende Mitglied sowie die Beendigung des Ruhens und des Nachrückens werden durch die Wahlleitung festgestellt. Das nachrückende Mitglied erlangt mit dem Zugang der Mitteilung durch die Wahlleitung das Mandat; die Regelungen über die Stellvertretung bleiben unberührt.

(4) Scheidet ein stellvertretendes Mitglied im Sinne von § 28 Abs. 2 Nr. 1 aus oder ruht dessen Mandat, rücken die Personen nach § 28 Abs. 2 Nr. 2 in der dort vorgesehenen Reihenfolge in die Stellvertreterposition nach § 28 Abs. 2 Nr. 1 nach. Abs. 2 und 3 sind entsprechend anzuwenden.

(5) Ändert sich die Gruppenzugehörigkeit eines Gremienmitgliedes oder ergibt sich nachträglich, dass bei der Eintragung in das Verzeichnis der Wahlberechtigten von einer falschen Gruppenzugehörigkeit ausgegangen wurde, so scheidet dieses Mitglied aus dem Gremium aus. Absatz 1 gilt entsprechend.

(6) Sind auf einem Wahlvorschlag keine Personen mehr vorhanden, die nachrücken könnten, so bleiben die Sitze zunächst unbesetzt.

(7) Sind alle Wahlvorschläge einer Gruppe der mit Sitzen im Gremium vertretenen Listen erschöpft, so dass diese Gruppe nicht mehr im Gremium vertreten ist, finden für diese Gruppe Nachwahlen statt. Eine Nachwahl findet nicht statt, wenn die Amtszeit der zu wählenden Mitglieder eines Gremiums weniger als sechs Monate betragen würde.

Teil III: Indirekte Wahlen**§ 30****Wahlen durch Gremien**

(1) Bei Wahlen durch Gremien ist die Sitzungsleitung des Gremiums zugleich Wahlvorstand. Das Ergebnis jeder Wahl wird von ihr und mindestens einem weiteren Mitglied des Gremiums ermittelt und anschließend von der Sitzungsleitung verkündet. Beschlussfähig ist ein Gremium, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

(2) Das Gremium wählt in geheimer Wahl. Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Wahlberechtigten den Stimmzettel unbeobachtet ankreuzen können.

(3) Die Einladung zur Wahlsitzung muss mindestens eine Woche vorher versandt und durch Aushang bekannt gemacht werden.

(4) Sind mehrere Personen zur Wahl vorgeschlagen, wird über sie gemeinsam abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Gremiumsmitglieder erhält, soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist. Findet keine der vorgeschlagenen Personen die erforderliche Mehrheit, so ist die Abstimmung zu wiederholen. Bleibt auch der zweite Wahlgang ohne Erfolg, so findet eine Stichwahl unter den beiden Personen statt, die im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Soweit gesetzlich nichts anderes geregelt ist, ist gewählt, wer in diesem Wahlgang die Mehrheit der Stimmen der Anwesenden erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet jeweils das Los, das von dem den Vorsitz des Gremiums führenden Mitglied zu ziehen ist.

§ 31**Wahlen durch Gruppen in Gremien**

(1) Soweit die Mitglieder einer Gruppe in einem Gremium Vertreterinnen oder Vertreter zu wählen haben und sich nicht einstimmig auf einen vereinfachten Benennungsmodus einigen, gelten die Absätze 2 bis 9.

(2) Die Sitzungsleitung des Gremiums sorgt als Wahlvorstand für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl. Die Wahl soll während, kann aber auch im Anschluss an die Gremiensitzung stattfinden. Auf einhelligen Wunsch der Gruppe kann ein gesonderter Wahltermin für die Gruppe bestimmt werden.

(3) Jedes Gremienmitglied kann Mitglieder der eigenen Gruppe zur Wahl vorschlagen. Verzichten alle Gremiumsmitglieder einer Statusgruppe auf ihr Vorschlags- oder Besetzungsrecht, so bleiben die betreffenden Sitze unbesetzt.

(4) Wenn kein Mitglied der Statusgruppe widerspricht, ist Wahl durch Handzeichen zugelassen.

Andernfalls wählt die Statusgruppe in geheimer Wahl. Der Wahlvorstand trifft Vorkehrungen, dass die Stimmberechtigten ihre Stimmzettel unbeobachtet ankreuzen können.

(5) Soweit nur ein Sitz zu besetzen ist, ist die zur Wahl vorgeschlagene Person gewählt, die die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereint. Bleibt der erste Wahlgang ohne Erfolg, so wird eine Stichwahl zwischen den beiden Personen durchgeführt, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinten; gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet das durch die Wahlleitung zu ziehende Los.

(6) Soweit mehrere Sitze zu besetzen sind, werden sie nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mittels Wahllisten gewählt. Die Verteilung der Sitze richtet sich nach der Anzahl der auf die jeweilige Liste bei der Abstimmung entfallenden Stimmen nach dem Verfahren Hare/Niemeyer.

(7) Soweit Stellvertretung vorgesehen ist, gelten die Absätze 1 bis 5 entsprechend.

(8) Die innerhalb einer Statusgruppe vertretenen Wahllisten sollen proportional zu ihrer Stärke innerhalb der Statusgruppe in der Gesamtheit der Ausschüsse und Kommissionen des Gremiums vertreten sein. Ist durch Anwendung des Verfahrens nach Abs. 4 und 5 eine Wahlliste rechnerisch mehr als unerheblich (d. h. mit mindestens drei Sitzen) unterproportional in den Ausschüssen und Kommissionen repräsentiert, kann sie beim Vorsitzenden des Gremiums anzeigen, dass ihr zum Ausgleich künftig ein Zugriffsrecht zusteht. Dadurch kann die Wahlliste in jedem neu zu besetzenden Ausschuss oder einer Kommission solange ohne Wahl innerhalb der Statusgruppe einen Sitz besetzen, bis die Proportionalität wiederhergestellt ist.

(9) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Mitglieds oder eines stellvertretenden Mitglieds aus einem Ausschuss oder einer Kommission benennen die Mitglieder desjenigen Wahlvorschlags, von dem die ausgeschiedene Person benannt war, eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Ist eine Nachwahl zwingend vorgeschrieben, liegt in diesem Fall das ausschließliche Vorschlagsrecht für die zu wählende Person bei den Mitgliedern desjenigen Wahlvorschlags, von dem die ausgeschiedene Person benannt worden war.

§ 32**Inkrafttreten**

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Präsidenten vom 28.09.2011 am 04.10.2011.

gez. Prof. Dr. Klaus Zeppenfeld
Präsident